

Brief an und von Herodot

Kurz vor Weihnachten erinnerte unser Kolumnist Herodot in seinem Beitrag «Fest der Geburt am Ort des Geschehens» (BaZ 21. 12. 15) an die Toleranz des Islams gegenüber dem Christen- und Judentum im Verlauf der Geschichte. Ein Leser – er wählte das Pseudonym Flavius Josephus – liess der Leserbriefredaktion einen besonders ausführlichen Kommentar dazu zukommen. Herodot hat ihm geantwortet.



Drei Symbole, drei Religionen. Das Kreuz für das Christentum, der Stern für das Judentum und der Hilal für den Islam. Foto iStockphoto

Das Bild des besonders toleranten Islams muss relativiert werden

Sehr geehrter Herodot

Es ist mir eine Ehre, einer so namhaften historischen Persönlichkeit schreiben zu dürfen, die nicht nur die Geschichtsschreibung als Disziplin nachgerade begründet hat, sondern erstaunlicherweise auch der deutschen Sprache mächtig ist.

Nun geschah aber Wunderliches, als ich die herzerwärmende Weihnachtsgeschichte in der BaZ las, in welcher das Schicksal der christlichen Gemeinde im Heiligen Lande beschrieben wurde. Sicherlich entsprachen verschiedene Beobachtungen den Tatsachen. Aber irgendwie konnte man sich nicht dem Eindruck entziehen, dass dem Islam das Gewand eines besonders toleranten Glaubensbekenntnisses verliehen werden sollte, was bei näherer Betrachtung relativiert werden müsste. Dem interessanten Hinweis auf die Verschönerung

christlicher Schreine im Lande Kanaan kommt insofern spezielle Bedeutung zu, als dass Ähnliches den heiligen Stätten des Judentums nicht vergönnt war. So wurden, ganz im Gegenteil, die noch heute bestehenden Moscheen Al Aqsa und Felsendom auf dem allseits bekannten Gelände des ehemaligen jüdischen Tempels errichtet. Im Falle des Familiengrabes Abrahams in Hebron, dem Patriarchen des hebräischen Volkes, wurde die Stätte gleich in eine Moschee verwandelt (und den Juden der Zugang verwehrt).

Und obschon das Christentum wie auch das Judentum, wie richtig beschrieben, einen gewissen Respekt genossen, waren deren Mitglieder dennoch immer Bürger zweiter Klasse und hatten selbstverständlich nicht die gleichen Rechte wie die «wahren Gläubigen». Das ist auch heute noch so, sogar in relativ fortschrittlichen

arabischen Ländern wie Marokko oder etwa exemplarisch durch Übergriffe gegen christliche Minderheiten in allen Ecken der islamischen Umma, so zum Beispiel gegen die Kopten in Ägypten.

Für mich auch nicht so klar sind die Anführungen israelischer «Landnahme und Besetzung», die zum Niedergang der christlichen Gemeinden geführt haben soll. Es ist mir nicht bekannt, dass irgendwelche Massnahmen der Israeli existieren, die gegen christliche Gemeinden gerichtet wären, wohl eher das Gegenteil. Dass es im Rahmen der kriegerischen Auseinandersetzungen zu einer Auswanderung gebildeter (christlich-)arabischer Kreise kam, ist sicherlich der Fall, wobei die Frage bleibt, wer denn für den Konflikt letztlich die Verantwortung trägt.

In Bezug auf die Nationalität des Landes Kanaan kann aus christlicher

Warte eigentlich nur das Wiederentstehen der hebräischen Nation begrüsst werden, aus welcher die jüdischen Gründer des Christentums ja schliesslich gesamthaft entsprossen.

Es wunderte mich deshalb ein wenig, sehr geehrter Herodot, dass dir diese beschriebenen Umstände so gar nicht geläufig sind, denn eigentlich scheint du über viele Dinge im Bilde zu sein. Unpassende Dinge unter den Teppich zu kehren, ist so gar nicht die Art renommierter Geschichtsschreiber, weshalb ich zuversichtlich bin, sehr geehrter Herodot, dass zukünftige Weihnachtsgeschichten mehr Aspekte der komplexen Realität berücksichtigen werden.

Ich freue mich schon auf deine Replik und hoffe sehr, dass diese nicht in Altgriechisch verfasst und formuliert werden wird.

Flavius Josephus

Was bleibt, ist die moralische Schuld der christlichen Welt

Sehr geehrter Flavius Josephus

Es freut mich, dass Sie sich die Zeit genommen haben, meine Kolumne zu lesen und darauf zu reagieren. Da wir uns nicht persönlich kennen, erlaube ich mir, Ihnen in der Höflichkeitsform zu antworten.

Ihren Vorwurf, «unpassende Dinge unter den Teppich zu kehren», muss ich zurückweisen. Vor dem Hintergrund des gegenwärtigen islamistischen Extremismus, der zu einer verzerrten Wahrnehmung des Islam in Europa führt, war meine Weihnachtskolumne dem Verhältnis von Muslimen und Christen am Ort des Wirkens Christi gewidmet. Auch ein Einbezug des Verhältnisses zum Judentum hätte indes meine Schlussfolgerung, dass der Islam sich in historischer Gesamtsicht toleranter gezeigt hat als das Christentum, nicht geändert. Systematische Vertreibungen, Massaker und Enteignungen von Juden waren in der islamischen Welt vor Entstehung des Staates Israel kaum bekannt, ganz zu schweigen von einem systematischen Völkermord wie dem Holocaust. Die wohl grösste Blütezeit in der Diaspora erlebten die Juden im muslimischen Iberien, von wo sie nach der Vertreibung durch die katholischen Könige vorwiegend in islamische Länder flüchteten.

Eine Idealisierung des Verhaltens der Muslime gegenüber Andersgläubigen liegt mir indes fern; sie wäre vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Fanatismus einer wachsenden muslimischen Minderheit auch absurd. Wie Herr Fröhlich in dieser Zeitung erwähnte, haben auch Muslime im Rahmen kriegerischer Auseinandersetzungen Massaker verübt. Es ist richtig, dass Juden und Christen in der islamischen Welt meist Bürger zweiter Klasse waren und oft noch sind; trotzdem genossen sie meist einen höheren Lebensstandard als muslimische Durchschnittsbürger.

Nun zu Ihren einzelnen Kritikpunkten: Entgegen Ihrer Annahme haben die muslimischen Eroberer im siebten Jahrhundert weder in Jerusalem noch in Hebron jüdische Gotteshäuser zerstört oder in Moscheen umgewandelt. Aus beiden Städten waren Juden und ihre Gotteshäuser damals seit über 500 Jahren verbannt – mit zwei kurzen, rund dreijährigen Ausnahmen. Erst die Muslime haben ihnen die Wiederansiedlung und den Bau von Gotteshäusern gestattet

und sie rechtlich der christlichen Bevölkerungsmehrheit gleichgestellt.

Zur Zeit der muslimischen Eroberung befand sich Abrahams Grab in einer byzantinischen Kirche. Auf dem Tempelberg fanden die Muslime den ihnen heiligen Felsen, von dem ihr Prophet gemäss Koran im Traum den Himmel gefahren sein soll, unter einer Abfalldeponie. Zuvor hatten die Römer dort einen heidnischen Tempel errichtet und danach eine zwischenzeitlich zerstörte christliche Kirche.

Angesichts der jahrhundertelangen Abwesenheit der Juden war der Bau von Moscheen an diesen beiden Orten in erster Linie eine Frage des Verhältnisses zu den dort ansässigen Christen, für welche diese Stätten geringere Bedeutung hatten als für die Muslime: Der Tempelberg in Jerusalem war ursprünglich der heiligste Ort des Islam und gab die Gebetsrichtung vor. Erst kurz vor dem Tod des Propheten erlangte die Kaaba in Mekka diese Bedeutung.

Bis heute ist der Tempelberg nach der Kaaba und dem Wohnhaus des Propheten in Medina der drittheiligste Ort des Islam. An vierter Stelle folgt das Grab Abrahams, der über seinen älteren Sohn Ismael auch als Stammvater der Araber gilt. Gemäss Thora (Genesis 25:9) und Koran hatten Abrahams

Eine Idealisierung des Verhaltens der Muslime gegenüber Andersgläubigen liegt mir fern.

Söhne Isak und Is(h)mael ihren Vater gemeinsam in der Höhle Machpelah zur ewigen Ruhe gelegt. Sowohl Juden als auch Christen war unter arabischer Herrschaft der Zutritt zum Grab gestattet. Erst Ende des 14. Jahrhunderts wurde er von den türkischen Mamelucken auf die siebte Stufe der Treppe zum Grab beschränkt.

Der starke Rückgang des christlichen Bevölkerungsanteils seit der israelischen Landnahme und Besetzung von zehn auf zwei Prozent ist eine statistische und historische Tatsache, die ich in keiner Weise wertete. Zweifelsohne haben Sie recht, dass Israel die christlichen Palästinenser nicht schlechter behandelte als die sunnitischen, «wohl eher das Gegenteil». Trotzdem wurden auch unzählige Chris-

ten Opfer von Vertreibung, entschädigungsloser Enteignung und bürokratischen Diskriminierungen, die ein geistliches Leben und wirtschaftliches Vorkommen stark erschweren oder gar verunmöglichen. Wenn Christen in disproportionaler Zahl das Heilige Land verliessen, mag dies daran liegen, dass ihre wichtigsten Siedlungsgebiete besonders stark von israelischer Landnahme und Siedlungstätigkeit betroffen waren. Auch dürfte es ihnen leichter gefallen sein, von christlichen Staaten, etwa in Lateinamerika, ein Einwanderungsvisum zu erhalten.

Ich masse mir nicht an, die Schuld an der Vertreibung von Christen und Muslimen aus Palästina einseitig einer der beiden Konfliktparteien anzulasten. Ich kann nachvollziehen, dass die europäischen Zionisten vor dem Hintergrund der jahrhundertelangen Diskriminierung und Verfolgung der Juden in der christlichen Welt einen eigenen Staat im Lande ihrer Väter anstrebten und dass sie unmittelbar nach dem fürchterlichen Holocaust alles unternahmen, damit dieser Staat möglichst sichere Grenzen und die Kapazität zur Aufnahme der Holocaust-Überlebenden haben sollte. Verständlich ist auch, dass sie angesichts der Ablehnung des UN-Teilungsplans durch die Araber noch vor der Eröffnung von Kampfhandlungen durch die arabische Seite in «Vorwärtsverteidigung» Städte wie Jaffa und Akko besetzten, die gemäss Teilungsplan im arabischen Teilstaat hätten liegen sollen.

Im Sinne von Amos Oz' Gleichnis des Ertrinkenden, der einen andern von der rettenden Planke stösst, kann ich auch verstehen, dass die Gründer Israels sich veranlasst sahen, Araber aus dem Gebiet des Staates Israel zu vertreiben und ihre Dörfer und Städte zu zerstören, wie dies sowohl David ben Gurion als auch der nachmalige Friedenspremierer Jitzhak Rabin als unabdingbare Voraussetzung für die Schaffung eines demokratischen jüdischen Staates in einem mehrheitlich von Arabern bewohnten Land begründeten (Rabin zum Beispiel in «Ha Sepher Ha Palmach» zur Rechtfertigung der weitgehenden Zerstörung und Vertreibung der Bevölkerung aus Ramla, das dem arabischen Teilstaat zugesprochen worden war).

Ich kann jedoch ebenso nachvollziehen, dass die Palästinenser einen Teilungsplan nicht akzeptierten, der ei-

nem – mehrheitlich nicht in Palästina geborenen – Drittel der Bevölkerung des Landes knapp die Hälfte des Territoriums mit den wirtschaftlich wertvollsten und fruchtbarsten Gebieten zusprach. Da die Juden nur gerade in einem der 14 Distrikte die Mehrheit stellten, lebte ein Grossteil der Muslime und Christen im vorgesehenen jüdischen Teilstaat, während es im weniger fruchtbaren arabischen Teilstaat nur wenige Juden gab.

Aus Sicht der arabischen Muslime und Christen, die noch 30 Jahre zuvor 90 Prozent der Bevölkerung Palästinas gestellt hatten, war der Teilungsplan offensichtlich unfair, zumal gemäss UNO-Dekolonisierungsprinzipien Kolonialgebiete als Ganzes innerhalb der kolonialen Grenzen die Unabhängigkeit erlangen sollten. Nachvollziehbar ist auch, dass die Palästinenser bis heute auf das in UNO-Resolutionen verankerte Rückkehrrecht pochen, und dass Israel umgekehrt ein solches unmöglich akzeptieren kann. Letztlich hätte wohl jedes andere Volk in der Situation der Juden oder der Palästinenser gleich reagiert. Wie in einer klassischen griechischen Tragödie, in welcher beide Parteien subjektiv recht haben und nicht böswillig sind, wurden beide Völker in eine tragische Verstrickung hineinmanövriert.

Israelis und Palästinenser sind meines Erachtens beide Opfer.

Die Schuldfrage stellt sich vor allem gegenüber dem Verhalten der christlichen Welt. Diese hatte die Juden jahrhundertlang diskriminiert und verfolgt, was schliesslich im unsäglichen Verbrechen des Holocaust kulminierte. Ihr überaus schlechtes Gewissen beruhigte sie auf Kosten der muslimischen und christlichen Bewohner des Heiligen Landes. Israelis und Palästinenser sind damit meines Erachtens beide Opfer. Was bleibt, ist die moralische Schuld der christlichen Welt gegenüber beiden Völkern. Mit freundlichen Grüssen und den besten Wünschen für das neue Jahr,

Herodot

Herodot ist seit Jahrzehnten im Ausland tätig, unter anderem für eine internationale Organisation. Er schreibt anonym, sein Name ist der Redaktion bekannt.

Einspruch

Furore um eine Weiterbildung

Von Saskia Olsson

Alle Lehrpersonen, die im kommenden Schuljahr auf der Sekundarstufe I eine neue Klasse in Französisch oder Englisch unterrichten, werden in diesem Jahr flächendeckend zu einer obligatorischen, 84-stündigen Weiterbildung verpflichtet. Diese Weiterbildung Passepartout befindet sich zurzeit im Kreuzfeuer der Kritik. Es wird von Leerlauf, ideologischer Umpolung und so weiter gesprochen.

Interessanterweise wird für diese Weiterbildung eine Fortbildungsvereinbarung «in gegenseitigem Einvernehmen» zwischen Schulleitung und Lehrperson geschlossen. Faktisch heisst das, dass die Lehrperson hiermit ihre «Freiwilligkeit» kundtun muss. Wenn sie dies verweigert, bedeutet das, dass sie im kommenden Schuljahr keine Französisch- oder Englischlektionen in einer abgehenden Primarklasse erhält, selbst wenn die Lehrperson über ein Studium, eine ausgesprochen hohe sprachliche Kompetenz und jahrelange Erfahrung in ihrem Fach verfügt. Zahlreiche Schulleitungen verweisen hierbei darauf, dass sie ohne die absolvierte Weiterbildung keine Unterrichtsstunden mehr für solche Klassen vergeben dürften.

Landrat Jürg Wiedemann (Grüne-Unabhängige) wollte es genau wissen und stellte der Regierung Anfang Dezember 2015 folgende Frage: «Haben die Schulleitungen den notwendigen Spielraum, um auch Englisch- und Französischlehrer künftig dennoch in Englisch und/oder Französisch einsetzen zu dürfen, wenn sie diese für fähig erachten, auch wenn die Lehrpersonen den Weiterbildungskurs «Passepartout» nicht besucht haben?»

Lehrer wurden von den Schulleitungen mit falschen oder veralteten Fakten zur Weiterbildung Passepartout informiert.

Die schriftliche Antwort der Direktionsvorsteherin der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion lautete wie folgt: «Ja, die Schulleitungen haben den notwendigen Spielraum dazu, denn sie ermitteln im Mitarbeitendengespräch (MAG) den individuellen Fortbildungsbedarf jeder betroffenen Lehrperson. Die Schulleitungen haben die pädagogische und personelle Führung inne und teilen den Lehrerinnen und Lehrern die Fächer bzw. das Pensum zu. Wird kein funktionsbezogener Fortbildungsbedarf ermittelt, so haben die Schulleitungen die Möglichkeit, den Englisch- bzw. Französischlehrpersonen auch künftig Englisch- bzw. Französischlektionen zuzuteilen. Die Schulleitung wird im Rahmen des schulischen Bildungsbedarfs bzw. der schulbetrieblichen Möglichkeiten sowie der Qualifikation der Lehrperson über die Zuteilung der Fächer oder Fächerkombination entscheiden. (...) Die Vorsteherin der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion hat die Schulleiterinnen und Schulleiter am Schulleitungsforum Ende August 15 dazu aufgerufen, den Spielraum im Reglement zu nutzen und dieses mit Augenmass umzusetzen (zum Beispiel betreffend Alter).»

Das bedeutet also, dass die Informationen, welche die Schulleitungen erhalten und bei Nachfrage an die Lehrpersonen abgeben haben, entweder falsch waren oder inzwischen veraltet sind.

Wie dem auch sei, die Richtigstellung von Regierungsrätin Monica Gschwind ist also so zu verstehen, dass – ist die Schulleitung der Ansicht, eine Lehrperson weise eine derart hohe Fachkompetenz und Unterrichtsqualität auf – eine Weiterbildung Passepartout nicht nötig ist. Die Schulleitung darf dann diesem Lehrer durchaus weiterhin Französisch- und Englischstunden vergeben – auch ohne Passepartout-Weiterbildung.

Saskia Olsson wohnt in Allschwil und ist derzeit Studentin